

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Ratskolleginnen und –kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

wenn wir heute über den Doppelhaushalt für die Jahre 2026 und 27 entscheiden, dann tun wir das in einer Zeit, die für die kommunalen Finanzen schwieriger ist als jemals zuvor in den vergangenen Jahrzehnten.

Nicht nur in Lüdenscheid, sondern in nahezu allen Städten und Gemeinden der gesamten Bundesrepublik stehen die Haushalte unter einem enormen Druck. Steigende Kosten, stark steigende Sozialausgaben und höhere Umlagen schränken unsere Handlungsspielräume vor Ort immer weiter ein. Diese Entwicklungen sind keine Besonderheit unserer Stadt. Auch wenn die jüngsten Beschlüsse von Bund und Land in die richtige Richtung zeigen, ist die haushalterische Situation nach wie vor Ausdruck einer strukturellen Schieflage der kommunalen Finanzen in Deutschland.

Dennoch wäre es zu einfach, alle Verantwortung auf andere Ebenen zu schieben und nur mit dem Finger auf andere zu zeigen.

Auch wir als Kommunalpolitik stehen in der Pflicht, mit den uns anvertrauten Mitteln verantwortungsvoll umzugehen, die richtigen Prioritäten zu setzen und damit die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt sicherzustellen.

Genau dies hat sich die Kooperation von CDU und SPD zur Aufgabe gemacht. Deshalb treffen wir in der heutigen Ratssitzung weitreichende Entscheidungen zum Erwerb des P&C-Gebäudes, zum integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept (ISEK) und zu den Grundschulen Lösenbach und Westschule. Wir investieren kräftig in die Infrastruktur und somit die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt. Darüber hinaus haben wir soeben den Weg für eine moderne und zukunftssichere Verwaltung freigemacht.

Und auch wenn der vorliegende Haushalt insgesamt sicher keinen Anlass zur Zufriedenheit gibt, legt er die finanzielle Lage unserer Stadt transparent offen, ohne zu beschönigen. Und gerade wegen der angespannten Haushaltslage darf die Diskussion über das Zahlenwerk niemals den Blick auf die eigentliche Aufgabe verstellen. Wir gestalten den Haushalt schließlich nicht um seiner selbst willen, wir gestalten vielmehr die Zukunft unserer Stadt.

Und genau deshalb ist es richtig, dass dieser Haushalt nicht allein auf Kürzungen setzt. Wir begrüßen ausdrücklich, dass auch in schwierigen Zeiten wichtige Investitionen durchgeführt werden. Investitionen in die Feuerwehrgebäude, in Schulen und Sporthallen, in Licht für die Innenstadt – kurzum, in die Infrastruktur unserer Heimatstadt.

Mit dem Erwerb des P&C-Gebäudes, den wir gerade mehrheitlich beschlossen haben, stellen wir die Weichen zu einer zukunftsorientierten Innenstadtentwicklung. Diese Entscheidung wurde nicht leichtfertig getroffen, auch wenn von manchen versucht wird, das so darzustellen. Wir haben uns seit vielen Monaten auf den verschiedensten Ebenen – in der Verwaltung und in der Politik – damit intensiv auseinandergesetzt, unzählige Gespräche geführt, mit der Geschäftsführung von Midstad diskutiert und wirtschaftlich tragbare Ideen zur Umsetzung entwickelt. Im Ergebnis sollte sich die Diskussion um das P&C-Gebäude an einem einfachen Grundsatz orientieren: Was ist für die Stadt langfristig wirtschaftlich und für die Stadtentwicklung sinnvoll! Schließlich sprechen wir hier von einem Objekt an prominentester Stelle unserer Stadt, dass seit eineinhalb Jahrzehnten der Verwahrlosung preisgegeben ist.

Wer heute oder zu einem späteren Zeitpunkt den Kauf ablehnt, muss auch sagen, welche realistische Alternative er stattdessen verfolgt. Und wenn wir ehrlich sind, bleiben nur zwei Möglichkeiten: Entweder, wir akzeptieren weitere 15, 20 oder noch mehr Jahre des Stillstands und des Verfalls an einer der zentralsten Lagen im Herzen unserer Innenstadt, inklusive des sogenannten Trading-Down-Effektes der umliegenden Bereiche – oder wir binden die Stadt über Jahrzehnte an einen Mietvertrag, dessen Gesamtkosten – je nach Entwicklung der Mietpreise und der Indexierung – locker an die 40 Millionen Euro heranreichen können. Wohlgemerkt Miete (das Geld fließt ab und ist weg!). Diese Variante würde für mich persönlich schon an Veruntreuung von Steuergeldern grenzen. Und nochmal zur Erinnerung, weil es offenbar immer noch nicht alle verstanden haben: wir schaffen keine zusätzlichen Büroflächen, sondern wir entmieten entsprechende externe Flächen und sparen damit Mieten ein, die wir hier zum Vermögensaufbau einsetzen.

Gerade deshalb verwundert mich die Argumentation der FDP. Bei den Kindertagesstätten hat sie langfristigen Mietverträgen zugestimmt. Allein im Kita-Jahr 2025/26 zahlt die Stadt Lüdenscheid fast 690.000 Euro an Mietkostenzuschüssen. Bereits 2017 beliefen sich die Gesamtmietkosten nur für die Kita Bahnhofsallee laut öffentlicher Ratsvorlage auf 181.000 Euro pro Jahr. Solche Verträge laufen über Jahrzehnte und verursachen dauerhaft steigende Kosten, ohne dass die Stadt in irgendeiner Weise Eigentum aufbaut.

Bemerkenswert ist dabei: Auch auf Antrag der FDP haben wir in der vergangenen Ratsperiode gemeinsam festgestellt, dass der Bau eigener Kindertagesstätten langfristig wirtschaftlicher ist als die Anmietung von Investorenobjekten. Diese Erkenntnis war richtig – und sie gilt grundsätzlich auch heute noch.

Dabei entwickelt sich der Bedarf bei den Kitas aktuell eher rückläufig. Aufgrund der demografischen Entwicklung und der Geburtenrückgänge wird die Zahl der benötigten Betreuungsplätze perspektivisch eher sinken. Trotzdem ist die Stadt bei den angemieteten Objekten an langfristige Mietverpflichtungen und –zahlungen gebunden. Ein möglicher Gestaltungsspielraum ist dabei äußerst gering.

Beim P&C-Gebäude ist die Situation allerdings genau umgekehrt. Ein grundsätzlicher Bedarf an Verwaltungsflächen wird auch noch in 20 oder 30 Jahren mit Sicherheit bestehen. Bürgeramt, Standesamt, Jugendamt, Sozialamt, Kommunaler Ordnungsdienst und viele weitere publikumsintensive Bereiche können weder ins Homeoffice verlagert noch durch Künstliche Intelligenz ersetzt werden.

Gerade deshalb spricht vieles dafür, dauerhaft benötigte Verwaltungsflächen in städtischem Eigentum zu sichern. Anders als bei einer Mietlösung baut die Stadt hier Vermögen auf, bleibt bei der Nutzung flexibel und kann, sollte es dazu kommen, nicht benötigte Flächen vermieten oder – falls sich irgendwann Rahmenbedingungen doch stark ändern sollten – auch wieder veräußern. Das Eigentum schafft damit langfristige Handlungsspielräume und stärkt die finanzielle Substanz unserer Stadt, anstatt über Jahrzehnte ausschließlich Mietkosten im hohen Millionenbereich zu verursachen.

Ich erinnere gerne daran, dass meine Fraktion auch bei vergangenen Diskussionen rund um das P&C-Gebäude immer wieder klargemacht hat, dass es eine Mietlösung, die auf Jahrzehnte angelegt ist, bei der also die Stadt an Mietzahlungen über zig Millionen Euro langfristig verpflichtend gebunden ist, mit der CDU nicht gegeben wird.

Manche sprechen aktuell gern von einem „Herzensprojekt“ einiger weniger. Dazu kann ich nur sagen: Herzensprojekte habe ich ganz andere, aber mir liegt meine Heimatstadt

Lüdenscheid am Herzen, mir liegt am Herzen, dass die Generation meiner Kinder wieder eine Heimat hat, in der sie sich wohlfühlen und in der sie ihre Zukunft planen kann. Und ich unterstelle Ihnen allen hier, dass Ihnen das genauso am Herzen liegt wie mir. Das hoffe ich jedenfalls.

Im Übrigen, dass die Grünen sich nicht positionieren wollen und die Linken heute dagegen gestimmt haben, ist nicht sehr überraschend, da sie in der Opposition ja eine gewisse Rolle spielen müssen. Und da gehört es natürlich dazu, besonders kritisch hinzuschauen.

So weit so gut. Dass sich allerdings die FDP und ihr Fraktionsvorsitzender Jens Holzrichter wiederholt und auch heute nochmal für eine jahrzehntelange Mietlösung aussprechen und gegen den Aufbau von Eigentumswerten ist, verwundert mich doch sehr. Gerade von den Liberalen und insbesondere aufgrund des finanzfachlichen Hintergrunds des Fraktionsvorsitzenden, hätte ich hier etwas mehr Weitsicht erwartet. Aber die FDP hat ja damals auch schon gegen die Altstadtanierung gestimmt. Und wenn man heute sieht, wie positiv sich dieser Bereich entwickelt, kann man nur zu dem einen Schluss kommen: Wer in schwierigen Zeiten ausschließlich auf Sparen setzt, spart am Ende die Zukunft der Stadt kaputt!

Und natürlich kann man lange genug suchen, um das Haar in der Suppe zu finden. Natürlich kann man alles negativ sehen und damit jede Entwicklung im Keim ersticken. Wir aber glauben an die Zukunft unserer Stadt, wir gehen mutig voran und werden Lüdenscheid in den nächsten Jahren gemeinsam in der Kooperation mit der SPD, lebens- und liebenswerter machen. Getreu dem Motto, das nach meiner Überzeugung noch immer gilt: machen statt reden.

Auch für das Forum, das in jüngster Zeit in der Öffentlichkeit ja wieder stärker diskutiert wird, zeichnet sich eine interessante Entwicklungsperspektive ab. Hier werden wir ebenfalls das Heft des Handelns ergreifen und mit mutigen und zukunftsorientierten Entscheidungen einen positiven Impuls für unsere Innenstadt setzen.

Freuen Sie sich also auf positive Signale für die Stadtentwicklung. Freuen Sie sich auf moderne, zeitgemäße Verwaltungsarbeitsplätze und freuen Sie sich auf eine bessere Aufenthaltsqualität in der Innenstadt – von der alle Lüdenscheiderinnen und Lüdenscheider und auch alle Gäste profitieren werden.

Die Grundlage dafür bietet ein sogenanntes Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept für einen Teilbereich unserer Innenstadt, das wir in einem der nächsten Tagesordnungspunkte beraten und hoffentlich beschließen werden. Damit kann eine integrierte, nachhaltige und auch förderfähige Gesamtstrategie erarbeitet, sowie die fachlichen Voraussetzungen zur Inanspruchnahme von Fördermitteln der Städtebauförderung geschaffen werden. Davon wird letztlich die gesamte Innenstadt profitieren.

Herr Bürgermeister, liebe Ratskolleginnen und -kollegen, wir alle haben im letzten Jahr einen klaren Wählerauftrag bekommen: mit einer Trendwende die Entwicklung unserer Heimatstadt positiv zu beeinflussen. Und genau das machen wir in der Kooperation aus CDU und SPD. Denn auch wenn wir uns nicht in allen Themen und Detailfragen einig sind, können wir sehr konstruktiv und ergebnisorientiert miteinander arbeiten, um Lüdenscheid voranzubringen und in die richtige Richtung weiterzuentwickeln.

Doch lassen Sie mich zurück zum Haushalt kommen. Besonders zufrieden sind wir damit, dass es trotz der angespannten Finanzlage gelungen ist, auf Steuererhöhungen zu verzichten. Ein wichtiges Signal, gerade in der aktuellen Zeit. Viele Unternehmen stehen vor großen Herausforderungen. Steigende Energiepreise, wirtschaftliche Unsicherheiten und starke Verunsicherungen aufgrund der geopolitischen Lage belasten den heimischen Mittelstand, ebenso wie die privaten Haushalte enorm. Unternehmen und Bürgerschaft tragen bereits eine erhebliche finanzielle Belastung. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten brauchen die Menschen Verlässlichkeit und Sicherheit und ganz bestimmt keine höheren Steuern – auch nicht auf den Zweitwohnsitz!

Mit dem Haushaltssicherungskonzept legt die Verwaltung einen klaren Plan zur Konsolidierung vor. Mit Weitblick und trotz aller Zwänge ohne radikalen Kahlschlag. Sicherlich sehr ambitioniert und hier und da mit Unsicherheiten, was die Zukunft betrifft. Und genau hier erwarten wir in den kommenden Jahren weitere Anstrengungen. Die CDU-Fraktion begrüßt ausdrücklich die eingeleiteten Maßnahmen zur Konsolidierung des Personalbereichs. Wir beschließen heute einen Stellenplan, der eine Reduzierung der Personalkosten aufweist. Dieser Kostenrückgang liegt in diesem Jahr bei netto 445 T€ und im nächsten Jahr bei 433 T€. Auch wenn dies, gemessen am gesamten Personalaufwand ein relativ kleiner Betrag ist, bedeutet es doch eine enorme Kraftanstrengung und einen restriktiven Umgang.

Nachdem wir in den letzten Jahren immer nur Stellenplanausweitungen und Personalkostensteigerungen – in manchen Jahren sogar im siebenstelligen Bereich – gesehen haben, ist dies absolut ein Schritt in die richtige Richtung. Ich muss sagen, dass ich mich nicht erinnern kann, irgendwann mal über einen Stellenplan mit insgesamt sinkenden Personalkosten beraten zu haben. An dieser Stelle schon einmal ein ganz herzliches Dankeschön an alle, die dazu beigetragen haben. Eine solche Kraftanstrengung ist alles andere als einfach und verdient größten Respekt.

Die sogenannte Nullrunde beim Stellenplan ist darüber hinaus ein wichtiges Signal. Nicht jede freiwerdende Stelle wird künftig automatisch wiederbesetzt werden können. Nicht jede zusätzliche Aufgabe kann dauerhaft durch neues Personal gelöst werden. Gerade vor dem Hintergrund des demografischen Wandels müssen wir neue Wege gehen. Dabei geht es aber ausdrücklich nicht um pauschalen Stellenabbau!

Es geht vielmehr um eine moderne Verwaltung, um effizientere Prozesse, um Digitalisierung, Automatisierung und den intelligenten Einsatz neuer Technologien. Dabei müssen die im HSK angekündigten Maßnahmen aber auch mit konkreten Zielen und messbaren Ergebnissen hinterlegt werden. Digitalisierung darf kein Schlagwort bleiben, sie muss zu sichtbaren Verbesserungen führen.

Auch wollen wir weiterhin im Rahmen unserer Möglichkeiten unsere freiwilligen Leistungen erhalten. Denn Lüdenscheid lebt von Vereinen, Initiativen und bürgerschaftlichem Engagement, von Sport, Kultur, Musik und vom Ehrenamt. Dieses ehrenamtliche Engagement in den verschiedensten Bereichen unserer Stadt muss auch weiterhin unsere volle Unterstützung bekommen, denn das macht unsere Heimatstadt aus. Wer städtisches Handeln ausschließlich auf Pflichtaufgaben reduziert, verliert am Ende das, was eine Stadt lebenswert macht.

Sie werden es sich denken können: die CDU-Fraktion wird diesem Haushalt, dem HSK und dem Stellenplan zustimmen.

Nicht, weil wir mit jeder einzelnen Position zufrieden wären. Nicht, weil wir keine Risiken sehen. Nicht, weil wir glauben, dass alle Probleme gelöst sind. Sondern weil dieser Haushalt die richtigen Grundentscheidungen aufzeigt:

Er verzichtet auf Steuererhöhungen.

Er erhält freiwillige Leistungen.

Er investiert in Sicherheit, Bildung, Stadtentwicklung und Infrastruktur.

Er beginnt mit einer notwendigen Konsolidierung, ohne wichtige Aufgaben und Investitionen zu verhindern.

Und damit übernimmt er Verantwortung für die Zukunft unserer Stadt.

Verantwortung bedeutet manchmal, zwischen mehreren schwierigen Wegen den besten auszuwählen. Und genau das tun wir heute mit unseren Entscheidungen.

Last but not least darf ich mich ausdrücklich bei der Verwaltung bedanken und bei allen, die an der Erarbeitung des ambitionierten Haushalts und vor allem des Haushaltssicherungskonzepts mitgewirkt haben. So etwas ist eine Gemeinschaftsaufgabe und nur im breiten Konsens zu stemmen.

Ein besonderer Dank gilt unserem Kämmerer Sven Haarhaus, der Kämmererleiterin Sabine Weichler und dem gesamten Team der Kämmerei. Nicht zuletzt mit unseren zahlreichen, teilweise auch kurzfristigen Anträgen, Nachfragen, Ideen und Änderungsvorschlägen haben wir Sie ganz schön auf Trab gehalten. Wir bedanken uns für den stets professionellen, konstruktiven und engagierten Austausch und die sehr gute Zusammenarbeit.

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,
Ihnen danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen einen schönen Sommer. Genießen Sie die Zeit und erholen Sie sich gut – nicht nur von der Kommunalpolitik! Bleiben Sie gesund und sammeln Sie neue Kraft – die nächsten Herausforderungen warten schon auf uns.

Vielen Dank!